SO-01-NEU-264 Wir investieren in Gerechtigkeit (nur neue Zeilennummerierung)

Antragsteller*in: Franziska Brantner (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu SO-01-NEU

Von Zeile 263 bis 264 einfügen:
die staatliche Unterstützung im Fall von ausbleibendem Kindesunterhalt vom unterhaltspflichtigen Elternteil wirksam zurückgefordert wird. Richtungsweisend sind spezialisierte Einheiten mit gebündelten Kompetenzen bei den Finanzämtern. Diese Kompetenzzentren bräuchten genügend und qualifiziertes Personal, um den Rückgriff engagiert und effizient zu betreiben.

Begründung

Die Einnahmen durch den Rückgriff beim Unterhaltsvorschuss sind derzeit sehr gering und liegen im Bundesdurchschnitt nur bei 23%. Es müssen daher neue Wege gefunden werden, um die richtigen Anreize zu setzen und die Rückholquote zu verbessern. Die Rückgriffquote aus Bayern, die mit 36% eine der höchsten im ganzen Bundesgebiet ist, entsteht u.a. dadurch, dass das Landesamt für Finanzen die Durchsetzungsbehörde im UVG ist.

Weitere Antragsteller*innen

Kerstin Andreae (KV Freiburg); Doris Wagner (KV München Stadt); Reiner Daams (KV Solingen); Marco Grenz (KV Heilbronn); Jan Halbauer (KV Fürstenfeldbruck); Simon Hnilica (KV Mannheim); Reinhild Hugenroth (KV Wittenberg); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Walter Kissling (KV Göppingen); Martin Kranz-Badri (KV Schwäbisch Hall); Rolf Lange (KV Berlin-kreisfrei); Nicolá Lutzmann (KV Heidelberg); Christa Markl-Vieto (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sebastian Pewny (KV Bochum); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Diether Schönfelder (KV Hamburg-Nord); Dorothee Schulte-Basta (KV Berlin-Neukölln); Timothy Simms (KV Freiburg)